

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche 6,10 Mk. für den Monat 18,30 Mk. für den Vierteljahr 45,75 Mk. für den Halbjahr 89,25 Mk. für den Jahrgang 178,50 Mk.

Donnerstag, 22. September 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 3.- Mk.

Der neue Krieg gegen Sowjetrußland.

Die russische Regierung hat in mehreren Notizen den verbrecherischen Plan eines neuen groß angelegten Angriffes gegen Sowjetrußland enthüllt. Die Ausnutzung der Hungernot sollen nach dem Plan der Regierung der französischen Bourgeoisie die russisch-ukrainischen Weißgardisten vorgeführt werden und die Truppen der französischen Vasallenstaaten Polen und Rumänien die Intervention fortsetzen, das verhaßte Regime der russischen Arbeiter und Bauern zu stürzen. Das französische Kapital will seine Milliarden zurückgewinnen, die bolschewistische Gefahr soll beseitigt, die Revolution ins Herz getroffen werden!

Moskau, 16. September.

Ditwinow gibt bekannt: „In einer von uns veröffentlichten offiziellen Mitteilung einladen wir neue imperialistische Pläne Frankreichs. Die französische Regierung hat Polen eine vom 3. September datierte Note überreicht, in der sie Polen anregt, uns ein Ultimatum zu überreichen und eine weitgehende finanzielle und militärische Hilfe für den Fall eines Krieges mit Sowjetrußland verspricht. Da die Sowjetregierung im Kampf gegen die Hungernot verwickelt ist, findet die französische Note den gegenwärtigen Augenblick günstig für aggressive Aktionen. Die Note fordert die Einstellung der polnischen Demobilisierung, die Uebergabe des Oberkommandos der polnischen Armee an den französischen Stab, die Uebergabe der polnischen Intendantur an die französische Mission in Warschau und sagt Polen den Zusammenbruch im Falle seiner Nichtunterwerfung unter den Willen der französischen Regierung in der russischen Frage voraus.“

Eine ähnliche Note wurde von Frankreich an die rumänische Regierung gerichtet. Frankreich wollte gleichzeitig Rumänien und Polen selbst ein diesbezügliches Ultimatum überreichen. Polen und Rumänien haben den französischen Vorschlag abgelehnt und versichert die französische Regierung, daß sie ihre Drohungen fortsetzen werden, ohne die Sache zu einem Zusammenstoß zu bringen.

Diese Meldungen sind durchaus authentisch. Sie werden neues Licht auf Frankreichs Versuche, nach Rußland seine Agenten und Ausforscher unter der Flagge der Philantropie im Moment der Vorbereitung zu einem Krieg zu entsenden.

Witterweile sind bereits die ersten größeren Angriffe von Ögalizien aus durch den Verbündeten der polnischen Reaktion, den berückelkten Ukrainer Petljura erfolgt. Das folgende Dokument zeigt eine Zusammenarbeit mit den polnischen Machtsitzen ins rechte Licht.

Die polnische Gesandtschaft in Wien. Der Militärattache. 3. 167/2 1921. Vertraulich!

An den Chef der Militärliquidierungsabteilung in Wien. Wien, den 20. August 1921.

Ich überfende zur Kenntnisnahme Prohaska m. p. Verständigen Sie O. R. E. B. und den von hier an O. R. E. B. abgeordneten Leutnant Hahn, daß die ukrainische Handelsmission drei Millionen russische Geschosse in Wien für die ukrainische Volksrepublik eingekauft hat. Diese Munition ist so wie die polnische über Ungarn und Rumänien nach Polen als polnischer Transport zu senden. Die

Sache duldet keine Verzögerung. Die Transporte sind in besonderer Eile zu führen. Die Abfahrt jedes einzelnen Transportes ist genau chiffriert zu abisieren.

Gen. Rzeszowski, Abteilung 2, St. Nr. 2135/Rom.

Die offene und geheime Unterstützung, die die Entente Gortyhungarn verleiht, erhält eine neue Beleuchtung durch das nachfolgende Dokument, das klar beweist, daß nicht nur Polen und Rumänien, sondern auch Ungarn, diesem vorläufig als Durchzugsgebiet, im Angriff auf Sowjetrußland eine bedeutungsvolle Rolle zugewiesen ist.

An die königlich ungarische Gesandtschaft

in Wien. Wien, 1. Sept. 1921.

Die polnische Regierung erlaubt sich, durch ihre Gesandtschaft in Wien der königlichen ungarischen Regierung folgenden mitzuteilen:

Da der letzte Kriegsmaterialtransport, bestehend aus vier Waggons mit Gewehren und Munition, die im Auftrag der französischen Gesandtschaft über die Tschechoslowakei dirigiert wurden, in Brünn mangels genügender Vorfrist aufgehalten wurde, hat die polnische Regierung beschloffen, die folgenden Transporte durch Ungarn rollen zu lassen.

Im Monat September werden nach Polen 150 Waggons Kriegsmaterial, hauptsächlich Feldkanonen, 8 Zentimeter (Modell 05), Feldhaubitzen, 11 Zentimeter (Modell 99) und Maschinengewehre, System Schwarzlose, als „Alteisen“ deklariert, transportiert. Oberst v. Wolf-Schneider vom polnischen Generalstab wird zu dieser Zeit nach Wien kommen, um diesen Transport in Oesterreich zu übernehmen, zu überwachen und weiterzuleiten, entsprechend dem letzten Abkommen des polnischen Militärattaches mit der königlichen ungarischen Gesandtschaft.

Die polnische Regierung ersucht die königliche ungarische Regierung, diesen Transport auf ungarischem Territorium unter ihren offiziellen Schutz zu nehmen. Oberst v. Wolf-Schneider wird bei seiner Ankunft in Wien der königlichen ungarischen Gesandtschaft alle Aktenstücke, die für das Abrollen der betreffenden 150 Waggons notwendig sind, zur Verfügung stellen.

Eine Gefahr, daß dieser Transport in Oesterreich aufgehalten wird, besteht nicht, da alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherung im Zuge sind.

Prohaska m. p.

Oberst, Militärattache der polnischen Gesandtschaft.

Weiter geht der Lügenfeldzug durch die ganze Welt, um den neuen Aufmarsch zu verschleiern. Weiter werden die Rüstungen, obgleich enthüllt, fieberhaft fortgesetzt. Nach den letzten Meldungen steht Warschau vor der Militärdiktatur. In dieser Stunde der größten Gefahr hat die Arbeiterchaft aller Länder sich für die Verteidigung von Sowjetrußland zu einigen begonnen. Selbst der Amsterdamer Gewerkschaftsbund erließ einen Aufruf zum Kampf für die Errungenschaften der russischen Revolution.

An der Arbeiterchaft der Ententeländer, an der Arbeiterchaft Polens und Rumaniens liegt es jetzt vor allem, den Streich gegen Sowjetrußland abzuhalten und ihre verbrecherischen Regierungen das Handwerk zu legen. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr werdet das Gute zu tun wissen. Verhindert alle Kriegstransporte. Keine Waffe gegen Sowjetrußland darf durch Deutschland rollen. Kein Geschloß gegen die russischen Arbeiter darf über die deutsche Grenze. Im Dienste für die russische Revolution werdet Ihr einig sein.

Der Pakt mit Bayern vor dem Abschluß.

Herr v. Kahr hat die Berufung zum Ministerpräsidenten abgelehnt. Er befolgt damit nur die programmatische Linie der Bayerischen Volkspartei, durch Konzeptionen in der Personenfrage das System zu halten, der Reichsregierung den Weg zur Verfassungsmäßigkeit mit der bayerischen Konterrevolution zu ebnen.

Kahr tritt zurück. Seine Partei bleibt die herrschende Partei. Bereits hat die Verfassungsänderungen beschlossen, um den fortbauenden Hochverrat der Kahr und Konterrevolution für die Zukunft zu legalisieren. Kahr, der heute als Ministerpräsident geht, soll morgen als Staatspräsident aus der Ämter empfinden.

Die Bayerische Volkspartei wird an Stelle des einen wilhelminischen Beamten einen anderen zum Ministerpräsidenten vorschlagen. Wie gemeldet wird, soll der Staatssekretär im Reichspostamt Stingl der Ausgewählte sein.

Dr. Heim, der konterrevolutionäre bayerische Bauernführer, hat die Situation erfaßt: Das System der konterrevolutionären Nordbünde in München kann gehalten werden im Uebereinkommen mit der Reichsregierung. Bereitet doch Herr Wirth, bereitete doch die SPD in Görtlich offen die Koalition mit den Monarchisten der Deutschen Volkspartei vor. Die Worte des Dr. Heim über die Regierung der Mitte künden die Form, seine Worte gegen das Proletariat künden den Inhalt der bevorstehenden Kompromisse an.

Auch das „Berliner Tageblatt“ weiß zu berichten, daß in geschlossenen Verhandlungen eine Vereinbarung

zwischen Reichsregierung und Bayern bevorsteht. Die Reichsregierung will weiter verhandeln und bürgerliche Politiker empfehlen ihr ein weiteres Entgegenkommen. Lediglich über die Berufungsinstantz im Falle von Konflikten bei der Ausführung des Ebert-Erlasses zwischen Reich und Einzelstaaten ist die Einigung noch nicht herbeigeführt. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, wird die Reichsregierung ihren Standpunkt, daß die letzte Entscheidung beim Reichsminister des Innern liegen müsse, aufgeben und nach der bayerischen Forderung die Entscheidung einer juristischen, also konterrevolutionär zuverläßigen Instanz übertragen.

Wenn unter diesen Bedingungen die Bayerische Volkspartei sich zur Aufhebung des Belagerungszustandes bereit erklärt, so kann sie das, weil die Ebert-Berordnung in den Händen der bayerischen Konterrevolutionären einen wertvollen Ersatz für den Ausnahmezustand gegen das Proletariat bieten wird.

Es ist klar, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, ihre verfassungsmäßigen Rechte zu gebrauchen und den Ausnahmezustand in Bayern von sich aus zu beseitigen. Es ist klar, daß das System der Kahr-Roebner-Roth so wenig beseitigt werden kann durch eine scheinbare Aufhebung des Ausnahmezustandes durch die Kahr-Parteijelber wie durch die Erhebung der Person des Kahr durch die Person des Stingl oder eines anderen gegenrevolutionären Bürokraten.

Die tatsächliche Beseitigung des Kahr-Systems, die tatsächliche Beseitigung des bayerischen Ausnahmezustandes ist nur möglich, wenn das Proletariat sich zusammenschließt zur Erlämpfung tatsächlicher Machtpositionen gegen die Konterrevolution.

Stinnes oder die Arbeiter?

Schon der erste Tag des Görtlicher Parteitags der SPD hat mit aller wünschenswertesten Offenheit gezeigt, wohin der Weg führt, den die SPD-Führer gehen wollen. Der Unterion aller Reden der Vertreter der Parteibürokratie, der groß-demagogischen Rede Hermann Müllers, der fein-demagogischen Scheidemanns und des geschäftlich trockenen Berichts Franz Krügers war: wir müssen die Republik schützen, also müssen wir in die Regierung hinein, also müssen wir auch mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen. Für die Republik mit Stinnes! Das ist die neue Parole der SPD-Führer. Oder anders herum: volle Herrschaft Stinnes und der Groß-Bourgeoisie in der bürgerlichen Republik, Liquidierung der letzten Errungenschaften der Revolution, Verzicht auf alle Rechte der Arbeiterchaft gegenüber der Bourgeoisie!

Was die SPD-Bürokratie jetzt fordert, ist die Wiederholung des 4. August in „friedlicher“ Form. Damals schloß man den Burgfrieden mit Wilhelm II., um das Proletariat zu den Blutopfern des imperialistischen Krieges zu zwingen, um es in das Joch der Kriegswirtschaft zu spannen. Jetzt machen die Parteibürokraten den Weg zu Stinnes, um der Arbeiterchaft die Lasten der womadlich noch brüderlicheren kapitalistischen Friedenswirtschaft aufzuhalsen. Das Zusammengehen mit Stinnes ist nur die logische Folge der Annahme des Ultimatus. Hat man einmal die Hand zu dem Kapitalistenpakt gereicht, hat man es der deutschen Bourgeoisie ermöglicht, ihre Griftenz noch weiter zu kräftigen, indem sie den Sklavenhalter der fleigreichen Kapitalisten spielt, so muß man auch die Konsequenzen ziehen. So ist es zu verstehen, daß in diesem Augenblicke, wo die deutsche Bourgeoisie sich ansieht, alle Kriegslasten auf das Proletariat abzuladen, wo die Unternehmer auf der ganzen Front zum Lohnabhay schreiben, wo die Junker den Hungerkrieg gegen die Arbeiterchaft vorbereiten, wo ein neuer unerhörter Steuerraubzug gegen das Proletariat geplant wird, wo der Achtstundentag aufgehoben, das Streikrecht abgeschafft werden soll, wo allüberall in Deutschland die weißen Bänder, die die aufmuffenden Proletarier niederschlagen sollen, mit den Ruffen klirren, die Führer der SPD den Weg zu Stinnes geben. Das ist ihre Antwort auf den immer gewalttäter ertönenden Ruf nach Einigkeit gegenüber der Bourgeoisie und Konterrevolution, der aus den Arbeitermassen bringt, der sich hier in gewaltigen Lohnkämpfen, dort in grandiosen Demonstrationen, überall in Hunderten und Tausenden von Resolutionen äußert.

Die Parteibürokraten haben sich für ihre Politik eine sozusagen theoretische Begründung zugelegt. Da war vor allem der berühmte Entwurf des Parteiprogramms ohne Klassenkampf, da waren die Artikel, mit denen Cunow, vielleicht der einzige theoretische Kopf, den die SPD noch behaftet hat, diesen Entwurf kommentierte. Cunow stellte den Bankrott der Parteitheorie in der SPD fest. Er folgte aber daraus den Bankrott des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt. Seiner Ansicht nach ist es sicherlich, von einer Notwendigkeit des Sozialismus zu sprechen. Diese „theoretische“ Folgerung Cunows ist die Folgerung der Praxis der SPD. Weiter erklärt Cunow:

„Hat die Arbeiterklasse sich wirklich zu einer einzigen großen Arbeiterpartei zusammengeballt? Bildet die deutsche Sozialdemokratie eine fast ausschließlich aus Arbeitern bestehende große Massenpartei mit einseitiger Kampfrichtung, so daß die Begriffe Arbeiterklasse und Sozialdemokratische Partei sich decken? Hat ferner die Entwicklung die Parteien der sogenannten Mittelschichten derartig in der politischen Kampfarena ausgeschaltet, daß nur noch eine große geschlossene Arbeiterpartei der Bourgeoisie gegenübersteht? ... Ist unsere Partei aber keine große Massenpartei mehr, sondern ein Gemisch verschiedener Klassen, so kann sie auch nicht mehr im früheren Sinne Klassenkampfpolitik, keine einseitige Interessenpolitik im Dienste der Arbeiterklasse treiben; sie muß notwendig einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen in ihr vertretenen Klassenteile suchen.“

Hier ist das neue Programm der SPD: „Gegen die Einheitsfront des Proletariats, mit Stinnes“ am klarsten formuliert. Und die Begründung? Weil bei der Einheitsfront des Proletariats womöglich der ganze schöne Parteipakt in Brüche gehen könnte, weil es dann vielleicht mit dem Einfluß der Parteibürokratie zu Ende wäre.

Die letzte große Bewegung innerhalb des deutschen Proletariats, die gewaltige Erregung der Arbeiterchaft nach der Ermordung Erzbergers war den SPD-Führern gerade gut genug, um ihre neue Politik zu maskieren. Unter der Maske des Schutzes der Republik verbünden sie sich mit Stresemann, der angeheulter der gewalttätigen Kraftanwendung der Arbeiterchaft plüßlich sein republikanisches Herz entdeut. Unter dem Deckmantel der Erhaltung der Republik wollen sie sich mit Stinnes verbünden, werfen sie um des Sinsengerichts der Goldbarthei willen alle ihre Steuerpläne über Bord, liefern sie alle Machtpositionen an die Gegenrevolution aus, schaffen sie freie Bahn für den Verleumdungsfeldzug gegen die Arbeiterchaft. Die Republik ist gerettet! Allerdings, die Gegenrevolution braucht seinen Pakt zu machen, wenn sie alle Lasten auf das Proletariat abwälzen kann, wenn sie ihre bewaffnete Macht

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei.

Die Vormittagsitzung.

Brünn, den 19. September 1921.

Die Montagssitzung begann mit einem Bericht Mollenbuhrs über die Arbeiten der Programmkommission, der sehr wenig inhaltreich war. Mollenbuhr bestritt, daß die Annahme des Programmentwurfs die Einigung mit der USPD erschwert. Weitmehr stünde der Einigung das Aktionsprogramm der USPD entgegen. Nach dem Bericht Mollenbuhrs wurden die Vorschläge zur Zusammenfassung der Programmkommission einstimmig angenommen. Der Kommission gehören u. a. an Eduard Bernstein, Hermann Müller, Adolf Braun, Otto Braun, Cunow, Hellmann, Keil, Böbe, Mollenbuhr, Stampfer, David, Rabbrich, Ströbel und Marie Juchacz.

Hierauf erstattet Franz Krüger den Bericht des Parteivorstandes. Ausführlich beschäftigt er sich mit der Einigungsfrage. Wie schon Mollenbuhr hinwies auf das Leipziger Aktionsprogramm, zeigten Krügers Ausführungen, daß die Führer der USPD zu einer Einigung mit der USPD nur auf der Basis einer vollständigen Kapitulation der Unabhängigen geneigt sind. Krüger warnte vor Uebereiltheit. Das Schicksal der USPD und SPD zeigt, daß eine organisatorische Einigung, ohne die Einheitsfront der politischen Auffassung, eine große Gefahr bedeute. Höhnend verwies er auf die Entwicklung der USPD seit dem Parteitag von Halle, die immer weiter nach rechts ginge. Jetzt verhielt sich die USPD in ihrer Stellung zur Reichsregierung genau so in der gleichen Weise, wie sie früher bei den Rechtssozialisten, die Stellung als Berater gebrandmarkt hat. Da die Haltung der USPD noch immer scheinheilig sei, ließe sich nicht voraussagen, wenn man zu einer Einigung kommen könne.

Scharf wandte sich Krüger gegen die „Gewerkschaftslisten“, die in einigen Bezirken bei Kommunalwahlen aufgestellt wurden. Die Parteigenossen können unmöglich die Kommunalpolitik in die Hände der Gewerkschaften legen. Selbst das Zusammengehen mit der USPD zur Vorbereitung einer Einigung will Krüger keineswegs zum Prinzip erhoben wissen. Vor allem müsse dabei die vollständige Selbstständigkeit der SPD in jeder Beziehung bewahrt bleiben. Regelmäßig müsse geprüft werden, ob die Stellung der USPD zwischen den einzelnen Fragen sich tatsächlich mit der Stellung der SPD decke. Noch schroffer als gegen das bedingungslose Zusammengehen mit der USPD, wandte sich Krüger gegen die Strömungen in seiner Partei, die ein Zusammengehen mit der SPD verlangten. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, erklärte er, das einheitliche Zusammengehen prinzipiell abzulehnen, aber, wenn wir die Zuverlässigkeit der USPD als Bundesgenossen prüfen, kommen wir zu dem Schluss, daß eine solche Bundesgenossenschaft keineswegs wünschenswert ist. Krüger wendet sich besonders gegen die Haltung der Kommunisten während des Kapp-Putschs und des russisch-polnischen Krieges und gegen die Haltung der kommunistischen Partei während des März-Putschs. Auch gegen den „Ereubruch“, den die Kommunisten angeblich in der letzten Woche bei einer gemeinsamen Aktion gegen die reaktionären Beamten begangen hätten. Diesen allgemeinen Ausführungen folgt dann ein besonderes Strafgericht über jene Organisationen, die nach Krügers Meinung in der Einigungsfrage sich „Uebertreibungen“ zuschulden kommen ließen. Es sei ein politischer Unfug, wenn einige Organisationen unter der kommunistischen Parole „Krieg mit dem imperialistischen Krieg“ gemeinsam mit der SPD demonstrieren, aber mit den Kommunisten die Freilassung der politischen Gefangenen verlangten. Wir können, erklärt er, kein politisches Verbrechen von links, ebensowenig einen Freibrüder ausschreiben, wie denen von rechts. Insbesondere scharf wandte sich Krüger gegen die Organisationen in Chemnitz und Frankfurt a. Main. Das Unglück der Chemnitzer sei, daß man sie als eine besondere Richtung bezeichnet hätte.

Seitdem machen sie eine Dummheit nach der anderen, nur, um sich ihres Namens würdig zu erweisen. Seinen Frankfurter Parteigenossen macht Krüger besonders die gemeinsame Demonstration mit den Kommunisten gegen die Vertreter auf dem Frankfurter Katholikentag zum Vorwurf. Um zu zeigen, wie unangebracht der Protest der Frankfurter Sozialdemokraten gegen das Verbot des „Kommunist“ gewesen wäre, verliest er mit höhnenden Bemerkungen einige Zitate aus diesem Blatt. Im zweiten Teil seines Referats beschäftigt sich Krüger mit der Regierungsfrage. Er verurteilt die, im Gegensatz zu den Kasseler Beschlüssen, erfolgte Regierungsbildung mit den besonderen Verhältnissen dieser Länder zu rechtfertigen. Die Koalitionspolitik sei notwendig, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Zur Frage der Koalition mit der Deutschen Volkspartei brüht sich Krüger sehr vorzüglich aus. Unter einem Kompromiß will er eine prinzipielle Festlegung gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei verstanden. Einmal hat seine Rede, der die Koalition mit der Deutschen Volkspartei für gefährlich und unmöglich erklärt, läßt Krüger immer wieder einen anderen Satz folgen, der das Gegenteil besagt. Nicht auf den Namen, sondern auf die Politik komme es an und die Deutsche Volkspartei sei noch entwicklungsfähig, wenn die monarchistischen Parteien ihre Bestimmung im Herzen behalten und zugeben, daß die Monarchie in Deutschland unmöglich ist. Schließlich fordert Krüger ein fest umrissenes Koalitionsprogramm, das vor der Regierungsbildung von den anderen Parteien angenommen werden müsse. Die Demokratisierung der Verwaltung und der Art, wie sie durchzuführen sei, die Republikanisierung von Reichswehr und Polizei, müssen in diesem Programm enthalten sein. Allerdings müsse sich ein solches Programm auf die Maßnahmen beschränken, die zum Schutz der Republik notwendig sind. Sozialistische Forderungen könne das Programm nicht enthalten, nur solche, über die ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien möglich sei. „Sozialistische Politik“, stellte Krüger mit Nachdruck fest, können wir in der Koalition nicht treiben.

Nach Krügers Referat, daß zum Schluß starken Beifall erntete, folgte ein Referat von Barthel über Organisation und Kasse, das im wesentlichen nichts Interessantes mehr bringt. Schluß der Vormittagsitzung.

Die Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung spricht zunächst Heinrich Schulz über Kulturaufgaben und über die sozialdemokratische Jugendbewegung. Dann beginnt die Diskussion über den Bericht des Parteivorstandes. Schon der erste Diskussionsredner ließ erkennen, daß der Geist der sozialdemokratischen Mitglieder doch ein recht anderer ist, als der Geist, der aus den Reden der Parteiführer, der Hermann Müller und Krüger sprach. Der Redakteur der Frankfurter Volksstimme, Markwald, setzt sich mit großer Schärfe gegen die Vorwürfe Krügers zur Wehr. Allerdings glaubt er zur Verteidigung seines Protestes gegen das Verbot des Frankfurter Kommunisten auch anführen zu müssen, daß mit diesem Verbot dem kommunistischen Organ nur Respekt gemacht worden sei. Markwald, der im Gegensatz zu seinem Korrespondenten die ganze Aufmerksamkeit des Parteitages hatte, wendete sich dann gegen die von dem Parteivorstand vorgelegte Resolution, zur Regierungsbildung, die er als den hauptsächlichsten Zweck bezeichnete, eine Basis für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei abzugeben. Die programmatischen Forderungen, die das Programm enthalten, hätten nicht mehr Wert, als alle anderen Regierungsprogramme, die nicht verwirklicht wurden. Die Deutsche Volkspartei könne ein solches Programm ruhig annehmen, jede Partei, die mit der Deutschen Volkspartei regiert, müsse eine arbeiterfeindliche Regierung werden.

Zur Einigungsfrage übergehend, bestritt Markwald einen Frankfurter Antrag, den er als einzigen Weg zur Einigung bezeichnete. Von niemanden dürfe ein Opfer seiner Ueberzeugung verlangt werden. Nur die Disziplin während einer Aktion müsse Voraussetzung des Zusammengehens sein. Schließlich verlangte Markwald, daß die Partei von dem leeren Jammern über die Klassenjustiz zu Taten gegen die Klassenjustiz übergehe. Er befürwortete die Vornahme einer Volksabstimmung zur Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens. Im gleichen Sinne wie Markwald sprach der nächste Redner Edwin Breslau, der im Namen seiner Organisation erklärte, daß sie eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht billigen würde. Edwin erntete durch die temperamentvolle Art, in der seine Auffassung der „linken“ Sozialdemokraten vertrat, noch stärkeren Beifall als sein Vorredner.

Im weiteren Verlauf der Diskussion tadelten einige Redner die „voreilige“ Stellungnahme der prinzipiellen Gegner einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei, das sei eine ungeschickte Taktik. Auch die Notwendigkeit des Eintritts in die preußische Regierung wurde von diesem Redner betont. Delegierte aus Schlesien wiesen auf die umfangreichen Leistungen der Reaktion hin, mit denen unbedingt und rasch Schluß gemacht werden müsse. Große Unruhe rief der Jenaer Delegierte Rief hervor, der in leidenschaftlicher Form die Unterlassungssünden des Parteivorstandes aufzählte und als Aufgabe des Parteitages bezeichnete, einen raschen Weg zur Einigung mit der USPD zu finden. Der Redner verweist auch auf den

Offenen Brief der SPD.

als Beispiel dafür, wie der Parteivorstand die Massen mobilisieren müsse. Als letzter Redner des Nachmittags sprach Philipp Scheidemann, der in phrasenhaften und inhaltslosen Ausführungen sich gegen eine Politik wendete, die der SPD dauernd den Weg zur Koalition mit der Deutschen Volkspartei verperren würde. Die Einigung will er erreichen, indem er die Massen auffordert, Mitglieder der USPD zu werden. Es war geschickte Regie, Scheidemann zuletzt sprechen zu lassen. Seiner Rede, die ebenso geschickt wie inhaltslos war, gelang es, die Stimmung des Parteitages sichtlich zugunsten der Parteileitung umschlagen zu lassen. Am morgigen Verhandlungstage wird in der Diskussion fortgefahren.

behalt! Die Republik ist geschützt! Aber die Arbeiter mögen hungern und darben. Die Republik ist geschützt! Aber Stinnes herrscht in der Republik, und Kahr, den die SPD mit Stinnes Hilfe bekämpfen will, wird sich eins ins Häuschen lachen.

Das ist das Programm der SPD-Führer. Aber sie machen die Rechnung ohne den Wirt, nämlich ohne die großen Massen der Proletarier der SPD. Denn der Görtzler Parteitag hat noch eine Tatsache offenbart. In den Köpfen der einhundert Millionen Mitglieder der SPD, von denen Hermann Müller so stolz sprach, geht es nicht so ruhig und friedlich zu wie in dem Kopf des ehrenwerten Müller. Diese Million Arbeiter ringt mit sich selbst, sucht einen Ausweg aus der schwierigen Lage, sucht nach neuen Wegen des Kampfes. Diese Million Arbeiter will die proletarische Einheitsfront, will den Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie. Schon vor Görtz machte sich ein linker Flügel innerhalb der SPD bemerkbar. Dieser linke Flügel ist noch unklar, er ist aber ein Spiegebild der geistigen Bewegung der Mitglieder Massen.

Schon die Anträge zum Parteitag waren ein Beweis für die geistige Gärung unter den Mitgliedern. Fast alle Anträge sprachen sich gegen den Programmwurf der Programmkommission aus, fast alle Anträge forderten die sofortige Verschmelzung mit der USPD, fast alle Anträge forderten schärfsten Kampf gegen das Steuerprogramm Wirth, Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie. Durch alle Anträge zog sich wie ein roter Faden die Forderung nach dem einheitlichen Kampf aller Arbeiter.

Auch auf dem Parteitag sind diese Meinungen der Mitglieder Massen zum Worte gekommen. Verschiedene Delegierte nahmen scharf Stellung gegen die bisherige Politik des Parteivorstandes und griffen den Plan eines Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei heftig an. Die Parteibürokratie kämpft gegen diese Bestrebungen der Mitglieder Massen einen verzweifeltsten Kampf. Der Parteivorstand spricht sich selbst gegen eine organisatorische Verschmelzung mit der USPD aus. Denn er weiß, mit dem Augenblick, wo auch die Scheidewand zwischen den Massen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen niedergerissen ist, werden diese Massen Taten fordern, werden sie zum Kampf schreiten wollen. Die Führer der SPD sind bereit, mit den gesinnungsverwandten Führern der USPD hinter den Kulissen, in den Gewerkschaften, in den Parlamenten zu tadeln, sie sind aber ängstlich darauf bedacht, daß kein Steinchen von der Mauer abbröckelt, die die Arbeiter trennt. Von einem Zusammengehen mit den kommunistischen Arbeitern ist natürlich keine Rede. Der Antikommunismus ist auch auf dem Görtzler Parteitag auf seine Rechnung gekommen.

Mit Stinnes, gegen die Proletarische Einheitsfront! Das ist die Losung der SPD-Führer. Mag es der Parteibürokratie in Görtz noch gelingen, durch allerlei bürokratische Kniffe die Stimme der Massen zu überdönen, sie werden den Zug der Arbeiter nicht hemmen können. Sie werden nur den Arbeitern helfen, zu erkennen, wer der proletarischen Einheitsfront im Wege steht.

Die Brücke zu Stinnes.

Die Resolution über die Koalitionsfrage, die der Parteivorstand der SPD in Görtz vorgelegt hat, lautet:

In der deutschen Republik geht alle Regierungsmacht über. Jede Partei hat die Möglichkeit, einflußreich ihrem Anhang im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was am wirksamsten durch Teilnahme an der Regierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik hat die sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeder ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie dürfe daher nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der demokratisch-republikanischen Staatsform ihre politische Macht in die Tagespolitik zu werfen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Dies ist jetzt um so mehr notwendig, als die Not des deutschen Volkes die Anpassung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, in diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reich und in den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

- Anerkennung und Verteidigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes im Reich, Staat und Gemeinde, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Restitut der Vorkriegslohnung, lokale Erfüllung des Friedensbittens in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Anbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes.

Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

Diese Resolution soll die Brücke zu der Deutschen Volkspartei, zu Stinnes sein. Ueber den prinzipiellen Teil dieser Resolution, der die plattesten bürgerlich-demokratischen Gemeinplätze enthält, erübrigt es sich, etwas zu sagen.

Der praktische Teil ist so verfaßt als möglich. Das ist kein Zufall. Das Sacherliche des Scheiterns an eine „Demokratisierung“ im Verein mit den Monarchisten aus der Deutschen Volkspartei haben ja Delegierte in Görtz selbst festgestellt.

Das Programm enthält nichts mehr von einer Erfassung der Goldwerte. Die weitestgehende Heranziehung des Besitzes soll wohl die berühmte Goldrente sein, das neueste Geschäft von Stinnes.

Werden die Arbeiter der SPD den Weg zu Stinnes mitmachen?

Die proletarische Einheitsfront in Oberschlesien hergestellt.

Die Forderungen des ober-schlesischen Betriebskollisionskongresses.

Der allgemeine Betriebskollisionskongress hat Sonntag, den 18. September, stattgefunden. 32 Betriebsräte aus allen deutschen und polnischen gewerkschaftlichen Organisationen vertreteten 12 Betriebe mit einer Gesamtbeschäftigung von 20000 Arbeitern und Angestellten.

Damit hat X der Gewerkschaften Oberschlesiens sich zusammengefaßt für folgende, einstimmig angenommene Forderungen:

- Wochenlohn: 40-prozentige Vorschüßung.
- Wochenlohn: in Höhe der den polnischen Arbeitern gewährten einmaligen Zulage, und zwar 1500 RM für Berlin, 1000 RM für Leipzig und 300 RM für jedes Land.
- Wochenlohn: zu der Verlängerung der arbeitsfähigen Arbeitszeit.
- Wochenlohn: zu Betriebskollisionskongressen.
- Wochenlohn: daß Betriebskollisionskongressen unabhängig gemacht werden von Reichsregierungen.
- Wochenlohn: Einstellung der Arbeiterlosen in den Probationsprozess.
- Wochenlohn: Sofortige Inanspruchnahme des Rechts von Arbeiterorganisationen.
- Wochenlohn: Aufhebung des Anwerbsrechts-Patentbeschlusses.
- Wochenlohn: Durchsichtige Verfahren in der Jagdlichen-, Witwen- und Waisenversicherung.

In alle Gewerkschaften ist ein Ultimatum gestellt worden, innerhalb 18 Tagen diese Forderungen durchzuführen. Zur Kontrolle der Durchführung ist aus dem Betriebskollisionskongress ein Kontrollgremium gewählt worden. Falls die Gewerkschaften die Forderungen der Arbeiter nicht durchzuführen können oder wollen, ist der Betriebskollisionskongress befugt, selbständige Schritte zur Durchsetzung der Forderungen zu unternehmen. Damit es zu einer solchen Situation, soll sofort eine Selbstverwaltung der Betriebsräte einberufen werden, die Stellung zum unabhängigen Kampf nehmen wird.

- Der Betriebskollisionskongress besteht aus 15 Betriebsräten. Vertreten sind:
- 3 Mitglieder der Freien Gewerkschaften,
- 3 Mitglieder des polnischen Zentralverbandes,
- 2 Mitglieder der Union Gewerkschaftlicher Richtung,
- 2 Gewerkschafter,
- 2 betriebliche Betriebsvereinigungen,
- 1 Angehöriger des Reichsverbandes,
- 1 Einzelkämpfer.

Hiermit ist die Einheitsfront des ober-schlesischen Proletariats zum Klassenkampf hergestellt.

Zum erstenmal ist in einer bisher noch nie erreichten Vollständigkeit jeder nationalitätliche Zwist begraben worden und die Arbeiterschaft hat sich zum kommenden wirtschaftlichen Kampf vereinigt, trotz der Verbote der Gewerkschaftsführer aller Richtungen.

Sollten die Forderungen innerhalb der gestellten Frist nicht durchgeführt werden, so ist mit einem großen Kampf des vereinigten ober-schlesischen Proletariats gegen das Unternehmertum zu rechnen, ob es die Gewerkschaftsführer haben wollen oder nicht.

Um nach außen hin die Einheitsfront des Proletariats Oberschlesiens zu zeigen, sind für Donnerstag, den 22. September, um 1 Uhr nachmittags Demonstrationen festgelegt worden.

Mit einem begeisterten Hoch auf die zustandgekommene Einheitsfront des Proletariats und unter Absingen der „Internationale“ ist der Kongress geschlossen worden.

Eine „Fahnenweibe“ in Stettin gesprengt.

Stettin, 20. September.

In Stettin kam es gestern wieder zu blutigen Zusammenstößen. Der Verein ehemaliger Pioniere wollte am Sonntag in tiefen Gassen seine Fahnenweibe vorführen. Als einzelne Mitglieder im Versammlungstotal in der König Albrechtstraße erschienen, wurden sie von einer dort angefahrenen Menge angegriffen und zum Teil mißhandelt. Mehrere Personen wurden verletzt, ein alter Veteran wurde sogar mit einem Messer bearbeitet und mußte im Krankenwagen weggeschafft werden. Vor dem Vorkommnis in der Schützengasse, wo die Feierlichkeit stattfinden sollte, hatte sich gleichfalls eine große Menge angefahren, gegen die die Polizei machtlos war. Die Kriegsveteranen wurden wieder überfallen und mißhandelt. Erst Verstärkungen der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen.

Der Verbandstag der Metallarbeiter in Jena.

Jena, 17. September.

6. Verhandlungstag. Vormittagsitzung.

Nach Eröffnung der Sitzung um 8 1/2 Uhr teilt der Vorsitzende Böckel das Ergebnis der am Donnerstag vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den Antrag 731 (Ruffenhilfe) mit. Demnach hat es die Generalversammlung mit 645 gegen 114 Stimmen abgelehnt, den hungarischen russischen Proletariern aus der Hauptklasse des D.M. pro Mitglied 1 Mark zu bewilligen. (Wutrufe.)

Fortsetzung der Statutenberatung. Beitragserhöhung.

An den vom Kollegen Lirpitz gegebenen Bericht der Statutenberatungskommission knüpft sich eine längere Debatte. Eine Anzahl Redner wünscht bei der Beitragserhöhung besondere Berücksichtigung ihrer lokalen, beruflichen oder sonstigen Interessen. Bei der Abstimmung werden aber ohne Ausnahme die Entscheidungen der Kommission fast einstimmig angenommen.

Laut Beschluß der Generalversammlung wird der Grundbeitrag pro Woche erhöht für die

- I. Klasse von 3 auf 4 M.
- II. Klasse von 1,70 auf 2,50 M.
- III. Klasse bleibt der Beitrag von 70 Pf. bestehen.
- IV. Klasse von 10 Pf. auf 30 Pf.

Angenommen wird ferner ein Antrag, nach dem für Lehrlinge keine Sozialzuschläge erhoben werden dürfen.

Erhöhung der Unterstützungssätze.

Der Satz für Reisegeld wird von 2 auf 5 M. pro Tag erhöht, die Unterstützungsbauer bleibt für die verschiedenen Klassen wie bisher.

Dem Antrag 393 Berlin, der verlangt, daß für Ausgelernte, die mindestens ein Jahr in der III. Klasse Beiträge zahlten, die Reiseunterstützungsbauer der II. Klasse in Anrechnung kommen soll, wird im Prinzip zugestimmt. Der Antrag wird aber zur besseren Formulierung an die Kommission zurückverwiesen.

Die Erwerbslosenunterstützung

wird erhöht in der

- I. Klasse um 6 M. pro Woche,
 - II. Klasse um 5 M. pro Woche,
- in der III. Klasse bleiben die bisherigen Sätze bestehen.

Die Streit- und Maßregelungs-Unterstützung

wird erhöht in der

- I. Klasse von 10 auf 15 M. pro Tag,
- II. Klasse von 6 auf 10 M. pro Tag,
- III. Klasse von 4 auf 5 M. pro Tag.

Die Zuschläge für Ehefrauen und Kinder verheirateter Mitglieder werden verdoppelt.

Für Gemahlsregelung, die noch keine 26 Wochen dem Verband angehört, wird die Unterstützung erhöht in

- Klasse I von 3 auf 8 M. pro Tag,
- Klasse II von 2,50 auf 6 M. pro Tag,
- Klasse III von 1,50 auf 5 M. pro Tag.

Zu § 22 und 23 (betr. Ausschlußverfahren) lagen ein Anzahl Abänderungsanträge vor, die im Statut festlegen wollten, daß aus Gründen der politischen Ueberzeugung kein Ausschluß aus dem Verband erfolgen darf. Die Statutenberatungskommission schlägt die Ablehnung dieser Anträge vor mit der Begründung, daß ohne dies keine Ausschüsse aus politischen Gründen erfolgen. (Widerspruch der Kommunisten.)

Genosse Walcher tritt für Annahme dieser Anträge ein. Er hält die Begründung des Ausschusses für nicht stichhaltig. Wenn tatsächlich der Verbandstag auf dem Standpunkt stehe, daß aus politischen Gründen niemand ausgeschlossen werden darf, dann muß er konsequenterweise auch diesen Anträgen zustimmen.

Doch bei der Abstimmung werden gegen die Stimmen der Kommunisten sämtliche zu § 22 gestellten Abänderungsanträge abgelehnt.

Zu § 23 wird durch einstimmigen Beschluß ein neuer Absatz 6a hinzugefügt, der folgenden Wortlaut hat:

„An Stelle eines Ausschließungsverfahrens (Unterstützungskommission) kann auch ein Feststellungsverfahren eingeführt werden. Zur Prüfung und Feststellung der Beschuldigungen. Die Zusammenfassung der Feststellungskommission und das Verfahren vor derselben regelt sich nach § 23 Abs. 7 uff.“

Durch diese Neuregelung ist es nicht mehr notwendig, wegen jeder Beschuldigung formell den Ausschluß zu beantragen.

Nachdem § 24 unverändert in der alten Fassung wieder angenommen wird, wird auf Antrag von Ulrich (U.S.P.) beschlossene, die Beratung und Beschlußfassung über die nachfolgenden Paragraphen anzusehen. Es handelt sich hier um die Verwaltung des Verbandes, um die Besetzung des Vorstandes, des Ausschusses usw., und die von Ulrich beantragte Aussetzung der Beratungen zeigt, daß die zwischen U.S.P. und U.S.P.D. gepflogenen Verhandlungen noch zu keiner Einigung geführt haben. Es wird in die Mittagspause eingetreten.

In der

Nachmittagsitzung.

die der Vorsitzende Strobel kurz vor 2 Uhr eröffnet, wird zunächst folgende Erklärung verlesen:

Zur Frage der Uebersetzung der Merrheimrede.

In der Sitzung am 4. Verhandlungstag des Metallarbeiterverbandes hat hier Ulrich Berlin ohne Widerspruch behauptet, daß meine Uebersetzung der Rede Merrheims nicht vollständig gewesen wäre. Da ich hierdurch angegriffen werde, gebe ich dem Verbandstag folgende Erklärung ab:

Ich habe die Rede Merrheims sofort auf Grund meiner genauen stenographischen Aufzeichnungen dem Kongreß so überreicht, wie sie gehalten worden ist. Merrheim hat darauf nachträglich eine schriftliche Ausfertigung seiner Rede vorgelegt, die ins Deutsche übertragen und am 15. September verlesen wurde. Als er am 12. seine Rede hielt, trug er sie frei vor, und es kann nicht angenommen werden, daß er sie damals schon schriftlich ausgezeichnet hatte, weil er mir sonst meine Uebersetzungstätigkeit wesentlich hätte erleichtern können. Er hätte sie mir dann wohl in die Hand gegeben.

Der von mir vorgenommene sorgfältige Vergleich des Protokolls meiner Uebersetzung mit dem Protokoll der Uebersetzung vom 15. ergibt, daß beide bis auf einen Punkt im wesentlichen übereinstimmen. Die Nichtübereinstimmung betrifft die Frage der Gewerkschaftsspaltung in Frankreich. In dieser Frage hat sich Merrheim in seiner mündlichen französischen Rede erheblich kürzer und unklarer geäußert als in dem Schriftstück, welches der Uebersetzung vom 15. zugrunde gelegt ist. Aber auch in dieser letzteren ist seine Ausdrucksweise in diesem Punkte noch mehr indirekt und unübersichtlich. Er nennt nicht direkt diejenigen, die er der Spaltung beschuldigt, sondern spricht von den „Führern und Machthabern einer politischen Seite eines Landes, welche Sie kennen“. Von diesen sagt er, daß sie „der Entwicklung und der Verstärkung der reaktionären Mächte in der ganzen Welt geholfen“ hätten. Noch viel enger hat er in seiner mündlichen Rede Gewerkschaftsspaltung und reaktionäre Tendenzen zusammengebracht. Seine Sätze habe ich wörtlich dahin überfetzt, daß die deutsche Arbeiterchaft in der jetzigen Krise der französischen Arbeiterchaft manches von denselben Leiden wiedererkennen werde, unter denen sie selbst leide. Gerade jetzt, wo die Einigkeit der Arbeiterchaft in allen Ländern notwendig sei, arbeiteten die Reaktionen an der Spaltung der Arbeiterchaft. Genau so hat Merrheim in seiner mündlichen Rede gesagt. Daß er später den Wunsch gehabt hat, sich ausführlicher und deutlicher über die Frage auszudrücken, kann nichts in der Tatsache ändern, daß ich den Sinn seiner Worte nach bestem Wissen und Gewissen richtig wiedergegeben habe.

Jena, den 17. September 1921.

Hebba Korsch.

Sodann wird der

Bericht der Rechnungskommission

erstattet. Der Kommissionsvorsitzende verliest und erläutert die Gehaltsvorlage. Die Gehaltsregelung der Verbandsangehörigen von der Spitze des Hauptvorstandes bis zum letzten Beitragskassierer soll nach 11 Klassen erfolgen, in denen Monatsgehälter von 1800 bis 3100 Mark vorgezogen sind. Des Weiteren ist eine Aufwandsentschädigung, soweit der Angestellte außerhalb seines Wohnortes beschäftigt ist, mit 80 Mark pro Tag vorgesehen.

Darüber entspinnt sich eine ausgedehnte Debatte. Einem Teil der Diskussionsredner sind die vorgeschlagenen Sätze zu hoch, von andern werden sie verteidigt. Aber von allen wird die große Anzahl der vorgesehene Klassen beanstanden. Die Gehaltsvorlage wird dann fast einstimmig an die Kommission zur erneuten Beratung zurückverwiesen.

Es sollte nunmehr der

Bericht der Beschwerdekommision

gegeben werden.

Maljahn (A.P.D.) zur Geschäftsordnung: Die Beschwerdekommision, die ihre Arbeiten erst kurz vor Beginn dieser Sitzung beendet hat, hat sämtliche vom Vorstand beschlossenen Ausschüsse, Rügen usw., in Bezug und Bogen gutgeheißen und alle Beschwerden dagegen abgewiesen. Sie hat

sich sogar nicht einmal der Mühe unterzogen, die Protokolle und Akten zu verlesen und durchzusehen.

Ein verärgert verantwortungsloses Verfahren ist in der Geschichte der Verbandstage unerhört.

Die strittigen Ausschüsse richten sich fast nur gegen Kommunisten, zum größten Teil gegen solche, die an der kommunistischen Reichskonferenz teilgenommen haben.

Um zu dieser neuen Sachlage in einer Fraktionsbesprechung Stellung nehmen zu können, beantragen wir Vertagung der Sitzung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der besonders der Genosse Braß die Delegierten der beiden anderen Fraktionen ermahnt, den Bogen nicht zu überspannen, wird die Sitzung auf 7 Uhr abends vertagt.

Abendigung.

Der Bericht der Beschwerdekommision

enthält eine Unmenge Beschwerden, die sich zum größten Teil gegen die Maßnahmen des Vorstandes, getätigte Ausschüsse, verweigerte Unterstützungszahlungen usw., richten, sie haben aber zum größten Teil nur lokales Interesse. Die Debatte findet daher meist unter größter Unruhe statt. Nur bei der Behandlung von Beschwerden, in denen der politische Gegensatz zum Ausdruck kommt, wird das Interesse des gesamten Verbandstages geweckt. So bei der Beschwerde der Verwaltungsstelle Böttingen (Saargebiet).

Im Juni d. J. fand dort ein größerer Streit statt. Der Vorstand behauptet nun, der Streit sei von ihm nicht genehmigt und verweigert daher die von der beschwerdeführenden Ortsverwaltung geforderte nachträgliche Auszahlung der Streitunterstützung. Kollege Kotsch-Böttingen (A.P.D.) gibt eine kurze Darstellung von der Entstehung und dem Verlauf des Streits. Daraus geht hervor, daß sich die streitenden Kollegen durch das Verhalten des Bezirksleiters Bernhardt mit Recht in der Annahme befinden, daß der Streit genehmigt ist. Er kritisiert das Verhalten Bernhards in schärfster Weise, denn dieser hätte nicht nur das Ansehen des Verbandes bei der Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gebracht, sondern ihm wäre es auch zu ver danken, daß der Unternehmerangriff nicht abgesehen werden konnte.

Bezirksleiter Bernhardt versucht sich zu verteidigen durch Schilderung von Vorgängen, die mit den in Frage stehenden Fällen gar nichts zu tun haben, um unter allen Umständen den Kommunisten ein auszuweichen. Es gelingt ihm aber nicht, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften.

Schließend vom Hauptvorstand bertritt dessen ablehnenden Standpunkt.

Genosse Schneiderlöcher-Dillingen tritt den Ausführungen Bernhards und Schließeds entgegen. Ihrer Behauptung, daß die Mehrheit der Kollegen gar nicht streiten wollte, steht die Tatsache gegenüber, daß 95 Prozent der Belegschaft für den Streit gestimmt haben. Es wäre beschämend für den Verband, wenn man bei einem 95prozentigen Lohnabbau noch lange diskutiert, ob dagegen überhaupt gekämpft werden soll.

Mit schwacher Mehrheit wurde die Forderung der Saarbrücker Kollegen abgelehnt.

Der wegen Verleumdung des Bezirksleiters Liebe erfolgte Ausschluß des Genossen Zippel-Dresden führte im Meeum zu einer längeren Debatte. Trotzdem allgemein zugegeben werden mußte, daß Liebe auf wiederholte gegen ihn erhobene Beschwerden nicht reagierte, wurde der Ausschluß Zippels gutgeheißen, weil dieser, durch das Schweigen Liebes gezwungen, in einem Artikel im halleischen Volksblatt die Beschuldigungen gegen Liebe öffentlich wiederholte.

Trotzdem die Sitzung bis 10 1/2 Uhr dauerte, konnte die Beratung über den Bericht der Beschwerdekommision nicht beendet werden. In der nächsten Sitzung (Sonntag vormittag) werden noch die Ausschüsse der kommunistischen Kollegen, die an der Reichskonferenz teilgenommen haben, behandelt werden.

Das Ergebnis der Vorstandswahl.

Der neu gewählte Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen:

Vorsitzende: Ditzmann (555 Stimmen), Reichel (544), Brandes (461), Eggert (530).

Kassierer: Werner (603), Schäfer (548).

Sekretäre: Handke (553), Schlieft (515), Buse (538), Loff (555), Schott (533).

Beisitzer: Kopp, Schwenzle, Oswald, Klopffischer, Steiger, Wendler, Feidenreich, Steiner, Maier, Kurz und Jaksle.

Redakteure: Haase und Nummer.

Ausschuß: Weisig und Baumann.

Auf unsere Genossen entfielen: Siedert 149 Stimmen, Begmann 106, Mees 109 und Fischer 104.

Die vier Tage des Jean Gourdon.

10] Von Emile Zola.

„Es ist aus mit mir. In meinem Alter kann einen das Glück töten... Seid still... Mir ist, als wäre mein Körper ganz leicht: ich fühle meine Beine und meine Arme nicht mehr.“

Babet richtete sich erschrocken auf und sah Onkel Lazare an. Sie hatte vor ihm niederknien und betrachtete ihn angstvoll. Er lächelte.

„Fürchtet euch nicht. Ich habe keine Schmerzen; eine Süße steigt in mir empor, ich glaube ich werde in einen gerechten und guten Schlaf fallen... Ganz plötzlich überkommt es mich, ich danke Gott dafür. Ach, mein armer Jean, ich bin den Weizenberg zu rasch heruntergelaufen, das Kind hat mir zu große Freude bereitet.“

Und als wir anfangen, zu begreifen, und in Tränen ausbrechen, fuhr Onkel Lazare fort — er sah immer noch in den Himmel —

„Verdriest mir die Freude nicht, ich bitte euch inständig darum... Wenn ihr wüßtet, wie glücklich ich bin, daß ich in diesem Leben für immer einschlafen darf! Niemand habe ich zu hoffen gewagt, einen so trostreichen Tod sterben zu dürfen. Alle meine Lieben sind neben mir... Und der Himmel ist blau! Gott schenkt mir einen schönen Abend.“

Die Sonne ging hinter der Eisenallee zur Reiche. Die schrägen Strahlen warfen goldene Lichter hinter die Wärme, die dunkel wurden wie Kupfer. In der Ferne verlor das Land sich in bogen Licht. Onkel Lazare wurde immer schwächer inmitten dieses wilden Schweigens und dieses friedlichen Sonnenunterganges, der durchs offene Fenster hereinstrahlte. Er erlosch langsam wie die letzten Lichter, die auf den hohen Zweigen verblieben.

„Ach, mein gutes Tal“ flüsterte er, „du nimmst in Liebe von mir Abschied... Ich fürchtete immer, ich müßte im Winter sterben, wenn du ganz schwarz bist.“

Wir hielten unsere Tränen zurück, wir wollten diesen heiligen Tod nicht stören. Babet betete leise. Das Kind schrie ein wenig.

Im Traume seiner letzten Stunde hörte Onkel Lazare diese Kinderfreude. Er versuchte, sich zu Babet zu wenden und sagte noch lächelnd:

„Ich habe das Kind noch gesehen, nun sterbe ich ganz glücklich.“

Dann betrachtete er den blauen Himmel und das gelbe Land; dann fiel sein Kopf hintenüber und er ließ einen leichten Seufzer aus. Sein Zittern erschütterte Onkel Lazares Körper, er starb, wie man einschläft.

So milde war sein Tod, daß wir stumm blieben und nicht weinten. Vor der ruhigen Einsamkeit dieses Sterbens empfanden wir nur abgeklärte Trauer. Die Dämmerung sank herab. Onkel Lazares Scheiden ließ uns voller Hoffnung zurück, wie das Scheiden der Sonne, die abends sinkt, um am nächsten Morgen wieder aufzugehen.

Das war mein Herbsttag, der mir einen Sohn schenkte und mir meinen Onkel Lazare im Frieden der Dämmerung nahm.

IV

Winter

Der Januar hat dunkle Mergen, die das Herz zu Eis machen. An jenem Tage war ich schon beim Erwachen von festem Unruhe. Während der Nacht hatte es getaut, und, als ich, von der Türschwelle aus, ins Land sah, erschien es mir wie ein gewaltiger schmutzgrauer und zerrissener Regen.

Ein Rebellvorhang verlag den Horizont. In diesen Rebell freiteten die Eichen der Allee schwarz ihre schwarzen Arme; sie glichen Gespenstern, die den Abgrund von Dampf hinter ihnen bewachten. Die Felder waren grublos und voller Pfützen, an deren Rändern noch Klumpen schmutzigen Schnees lagen. In der Ferne wurde die gewaltige Stimme der Durance immer härter.

„Mit der Himmel klar und die Erde trocken, so ist der Winter gesund und kräftig. Die Luft heizt die Ohren, fröhlich schreitet man über gefrorene Wege, die unter unseren Schritten silbern klingen. Weiß vom Eis und gelb von der Sonne liegen die Felder lauber und hübsch da. Aber ich kenne nichts Niederschlagenderes als die böse Zeit des Aufstauens; ich hasse den Nebel, dessen Feuchtigkeit auf den Muskeln lastet.“

Ich zitterte vor diesem kupfernen Himmel; rasch ging ich wieder ins Zimmer und beschloß, nicht auf die Felder hinauszugehen. Im Hofe war auch genug zu tun.

Jacques war schon lange auf. Ich hörte ihn unter einem Schuppen pfeifen, wo er den Reuten half, Kornsäcke fortzuschleppen. Der Junge war achtzehn Jahre alt; ein großer lustiger Bursche mit kräftigen Armen. Er hatte keinen Onkel Lazare gehabt, der ihn verwöhnt und ihn Latein gelehrt hätte, er träumte nicht unter den Weiden des Ufers. Jacques war ein richtiger Bauer geworden, ein unermüdblicher Arbeiter, der ärgerlich wurde, wenn ich irgend etwas anrührte, und mir oft sagte, ich würde alt und müde mich ausruhen.

Und wie ich ihm so von weitem zusah, sprang mir ein süßes, leichtes Wesen auf den Rücken, legte die kleinen Hände über meine Augen und fragte:

„Wer ist's?“

„Ich lachte.“

„Die kleine Marie ist's, die die Mutter eben angezogen hat.“

„Das liebe kleine Mädchen wurde zehn Jahre, und seit zehn Jahren war sie die Freude des Hofes. Sie war spät gekommen, zu einer Zeit, da wir kein Kind mehr erhofften, und war uns doppelt teuer.“

Ihre schwankende Gesundheit legte sie uns noch mehr ans Herz. Sie wurde wie ein Fräulein behandelt; ihre Mutter wollte durchaus eine Dame aus ihr machen, und auch ich hatte nicht den Mut, etwas anderes zu wollen: so reizend war die kleine Marie in ihren schönen seidernen, mit Bändern geschmückten Kleidern.“

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Eine Blüte seltener Freiheit!

Die „Schlesische Tagespost“, das Organ der reaktionären Gesellschaft, verbreitet am 17. d. M. folgende Mitteilung:

Neue Begnadigungen von Mordbrennern.

Auch in Berlin sind Begnadigungen der durch Sondergerichte wegen der mitteldeutschen Unruhen verurteilten Kommunisten erfolgt. Gestern wurden drei im Gefängnis von Tegel ihre Strafe abbüßende Kommunisten durch einen Gnadenakt des Reichspräsidenten wieder in Freiheit gesetzt.

Linksradikalen Landesverrätern wird durch beratende Schritte der Reichsbehörden der Rücken in bedenklichster Weise gestärkt.

Wir hätten keine Ursache, zu dieser Freiheit der „Schles. Tagespost“ auch nur ein Wort zu verlieren, wenn wir überzeugt wären davon, daß die breite Masse des Volkes wüßte, worum es sich handelt, nämlich darum, daß diese Gesellschaft versucht, die Regierung gegen die Kommunisten mobil zu machen und aufzuheben, um ihre reaktionären Pläne schmieden zu können. Man hörte nicht ein Wort der Entrüstung von diesem Gefindel über die Mörder Liebknecht, Rosa Luxemburg, Schottländer, Demmig usw., nein, sondern man unterstützt sogar noch diese Mörderzentrale, welche die Aufgabe hat, politisch undekore Personen meuchlings zu ermorden, aber Kommunisten, welche ihre Ideale verteidigen und für das Interesse des hungernden Proletariats kämpfen, unschuldig monate- und jahrelang ins Gefängnis steckt, wenn die dann entlassen werden, schimpft man Mordbrenner. Aufreizung zum Klassenhaß ist es nicht zu sein, denn sonst hätte der Staatsanwalt eingegriffen. Die „Arbeiter-Zeitung“ wäre auf alle Fälle verbotten.

Aber schon hat es den Anschein, als wenn sich die Proletarier zu einer Einheitsfront formieren, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieser Aufmarsch in Kürze vollzogen sein wird. Dann wehe Euch, wehe Euch, die Ihr die Mordbrenner seid und andere dessen beschimpft. Keine eurer Taten wird ungejährt bleiben.

Die Organisation der Schuhmacher beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung auch mit der Lohnerhöhung. Trotzdem die Forderung von 28 Prozent, welche man vor 4 Monaten stellte, durch die Teuerungswelle schon lange überholt ist, versuchen die Meister von dieser Forderung noch abzubandeln, indem sie sagen, die Schuhmachergesellen wollen gar keine Lohnerhöhung, daß sind nur ein paar Hezer, die hinter dieser Forderung stehen. Es wurde den Meistern ein Ultimatum gestellt, sich bis Donnerstag, 22. d. M., zu erklären, ob sie die Forderung bewilligen oder nicht, widrigenfalls der Streik proklamiert werde. Ein Beweis, daß es nicht ein paar Hezer sind, ist folgende einstimmig angenommene Resolution:

„Die heute, den 17. September 21, im Bürgergarten versammelten Schuhmacher hatten an ihrer Forderung von 28 Prozent fest und beauftragten die Vertreter ihrer Organisation, mit aller Entschiedenheit die Forderung zu vertreten. Sollte bis Donnerstag ein Ergebnis nicht vorliegen, so wird mit erhöhten Forderungen in den Streik getreten.“

Provinznachrichten

Die Gewerkschaftsführer den Kampf gegen die Konterrevolution führen.

Vor einigen Wochen fährt ein großes selbstgegründetes Auto auf das Dominium Wange im Kreise Nimzisch. Betriebsrat und Arbeiter fordern den Kreisleiter des DKB auf, mit ihnen einzugreifen, was dieser würdige Kämpfer ablehnt, da er, es war Sonntag, gerade Karten spielte.

Darauf gingen die Arbeiter noch einmal zu diesem neuen Kreisleiter, der nun mit dem Landrat verhandelte, worauf die Gendarmen den Waffentransport nach Nimzisch leiteten. — Der Landrat war nicht zu Hause. — Wo sind die Waffen geblieben? — Die Konterrevolution wird sie verschoben haben.

Hier zeigt sich wieder einmal, wie Worte und Taten der Gewerkschaftsführer sich gegenüberstehen. Den Arbeitern hilft hiergegen nur der proletarische Selbstschutz! „Fordert Ueberwachungsansprüche.“

Der USPD-Heldend Gröppien in Siegnitz.

Am Mittwoch, den 14. September, sprach in öffentlicher Volksversammlung der Feind der USPD, Gröppien, in Siegnitz. Seine Ausführungen, die er in etwa vorläufiger Rede machte, gipfelten darin, daß die USPD die alleinige schreckliche Kirche ist, die es gegenwärtig gibt. Die Männer, die damals die USPD gründeten, haben nicht die Arbeiterklasse gehalten, sondern sie haben nur den Sozialismus gerettet, welcher von den SPD-Leuten zertrümmert worden wäre. Artur Schimpfe sehr viel über die Führer der SPD, reute aber immer die Geschichte wieder ein mit der Einheitsfront des Proletariats. Nachdem er so der SPD eine gehörige Rotalpante gehalten hatte, ging es über die SPD, her und dabei ließ er alle Rezipienten springen, die er wohl überhaupt auf der Bühne hat.

Die Kommunisten sind noch ein kleines Häufchen, welches sich in illegaler Arbeit mit Sprengstoffmaterialien und dergleichen beschäftigt. Auch werden Pläne geschmiedet, wie die SPD- und USPD-Führer ermordet werden sollen. In dergleichen übermütigen und wüsten Geschwätz ging es eine ganze Zeit lang fort. Daß er bei diesem Geschwätz von einem Teil der Zuhörer noch Beifall erzielte, kann man so recht die geistige Einseitigkeit dieses Teiles der Zuhörer. Daß auch Sowjetrußland sein Ziel abgeben, war selbstverständlich, und hier stellte er im Tone fälschlicher Enttäuschung besonders fest: Die Bolschewiki hätten ein Bündnis mit Eurer Partei geschlossen. Dann stellte er zur Abwechslung wieder einmal fest, daß Hilfe aus der gegenwärtigen Not nicht bloß die Parliamente bringen könnten, der Kampf selbst hätte bewiesen, daß damals die Arbeiter auch nur durch Generalstreik und bewaffneten Kampf besiegt hätten. In

nächsten Augenblick allerdings warf er den Kommunisten wieder vor, daß sie die offene Gewalt propagierten.

Wir wissen, daß Artur ein politischer Schlangenhändler ist, aber daß er solche Probenstücke fertig bringt, glauben wir doch nicht. Artur war, ebenso wie seine engeren Freunde, nicht in der Lage, der Versammlung einen praktischen Ausweg zu sagen, wie wir aus diesem Elend herauskommen. Whrasen und noch einmal Whrasen, wie wir sie immer wieder hören, waren alles, was er vorbrachte. Ein großer Teil der Anwesenden berauschte sich natürlich an diesem öden Geschwätz. Wir wollen ihm den Triumph, den ihm politische Hohlköpfe bereiten, gönnen. In der freien Aussprache meldete sich nur Genosse Hamann (SPD.) zum Wort und rechnete in scharfen Worten mit diesem Maulhelden ab. Von den stark vertretenen Führern der SPD, meldete sich niemand zum Wort, sie steckten all die ihnen gesagten Liebenswürdigkeiten ruhig ein. Wir wollen dem USPD-Helden Gröppien nur noch sagen: Mache nur ruhig so weiter, und das, was dir unser Genosse Hamann am Schluß seiner Ausführungen zurief, wird in Erfüllung gehen, nämlich, es wird eine Zeit kommen, wo die ganze USPD mit ihrem Meister Gröppien, diesem Muster von Grundlosigkeit, zu den vorübergehenden Erscheinungen gehört.

Der Hunger und der „Graß v. Rohr“.

Der „Rittmeister“ a. D. v. Rohr, der im Kreise Nimzisch etwa 4500 Morgen Land, davon etwa 1500 Morgen Wald, sein eigen nennt, kommt eines Tages an einem seiner Felber vorbei, wo Frauen Kartoffeln lesen. Es ist Feierabend und jede Frau nimmt sich etwa 10 Pfund Kartoffeln in der abgeordneten Arbeitsstunde mit. — Der Herr von Rohr, der in prächtigem Schlosse wohnt und wohl Hunger nicht kennen gelernt hat, beginnt hierbei seine „Bildung“ zu offenbaren in sehr zweifelhaften Schimpfworten. Den Schaffner, der die Arbeit leitete, wollte er sofort entlassen, durch das Eingreifen des Betriebsrates wurde es aber verhindert.

Landarbeiter! Nehmt Euch ein Beispiel! Tretet geschlossen für Eure Arbeitskollegen ein! Denkt daran, daß der Herr von Rohr nicht ein paar Kartoffeln bei 4500

Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse!

Wollt ihr den Sturz der kapitalistischen Ordnung, die euch zu Fabrik- und Hausflaven macht, wollt ihr den Aufbau des Kommunismus, der euch vom Elend und von der Unterdrückung befreit,

dann werbt unermüdet für die kommunistische Presse. Jeder neue Leser ist ein Soldat in der Kampffront des Proletariats gegen den Kapitalismus, gegen den Brotmangel, den Steuerraub und die Verelendung der Arbeitermassen.

Morgen entbehren kann! Ihr, die ihr nicht einmal einen Anzug kaufen könnt! Ihr, die ihr Deputat verkauft, um ein Paar Stiefel kaufen zu können, die ihr vom Leben nichts weiter kennt als — Arbeit! Ein Bibelwort sagt: „Wer da hat, dem wird gegeben, wer aber nichts hat, dem wird auch noch genommen werden, was er hat!“

Landarbeiter! Schließt die Front! Die Unternehmer bereiten sich darauf vor. Darum vereinigt Euch mit der städtischen Arbeiterklasse zum Kampf um „die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes!“ Dann werdet ihr nicht mehr hungern, jene nicht in Schlössern wohnen und ihr in Löhern!

Bärengrund b. Dittersbach. Am 15. d. M. wurde von unseren Genossen auf Grube Bahnschacht und Zbaschacht eine Sammlung für Sowjetrußland in die Wege geleitet. Wir können erstensicherweise berichten, daß das Solidaritätsgefühl für unsere russischen Brüder durch die Höhe dieser Sammlung zum Ausdruck gebracht wurde. Auf dem Bahnschacht wurden 1110 Mark und auf dem Zbaschacht 25 Mark gesammelt. Wir hoffen, daß das ganze deutsche Proletariat sich an dieser Betätigung des Solidaritätsgefühls ein Beispiel nimmt.

Peruchstadt. In der Zuderfabrik am hiesigen Orte wurden am 17. September plötzlich 40 Mann entlassen. An diesem Beispiel ist am besten die Unternehmervilligkeit zu erkennen, wurde doch bisher in dieser Fabrik 10 Stunden gearbeitet. Es wird nun die Frage von den Entlassenen aufgeworfen: sind die Betriebsräte und Gewerkschaften mit dieser Entlassung einverstanden gewesen? Deshalb hat man nicht gleich Stellung dagegen genommen? Arbeiter und Arbeiterinnen, erkennt wieder durch diesen Akt, daß diejenigen, die Euch heute vorgaukeln, Eure Interessen wahrzunehmen, diejenigen sind, die Euch am ersten verkaufen und werdet hierdurch erkannt haben, nur an der Seite der Kommunisten ist Euer Platz zur Erreichung menschlicher Ideale.

Pöhlmann. Eine unerhörte Rohheit leistete sich ein Gutsherr in Gröbendorf, indem er seinen Kuchent, weil dieser beim Viehfütterer eingeschlagen war, mit einem Peitschenstoß bestrafte. Der in Anspruch genommene Arzt stellte schwere Körperverletzung fest. Was würden diese Herren sagen, wenn sich ein Arbeiter an ihrem Kinde vergreift? Aber so ist es ja nur ein Arbeiterkind. Hoffentlich findet die „Heldentat“ die richtige Belohnung.

Striegau. Die Landesversammlungen, die durch unsere Ortsgruppen vorbereitet, wurden zu einem teilweise sehr guten Erfolge für unsere Partei. In Ruzeritz, wo über 20 Personen erschienen waren, stimmte die Versammlung den Ausführungen des Genossen Gräß zu. In der Diskussion sprach ein SPD-Mitglied, Thomaßwaldau, und wollte zeigen, daß mit „der Schwach“ kein Fortschritt möglich sei usw. Die aufgewärmten Märchen über Adolf Hoffmann, Mitteldeutschland usw. sollten herhalten, um einen politischen Erfolg für die SPD zu erzielen. Diese Ausführungen fanden schon Widerstand unter den Versammelten. Als der Referent in längeren Ausführungen dem Redner geantwortet, gaben wir Ruzeritz von der SPD noch einmal Gelegenheit, in etwa 10 Minuten und entgegenzutreten. Jetzt verjagt

man, unsere Anständigkeit auszunutzen und das Schlupfwort abzuwürgen. Unter Führung Kuschke und des SPD-Rebakteurs aus Striegau versuchte man, seine Anhänger aus dem Saal zu entführen. Die Versammlung folgte aber nur zu einem Teil, und als der Genosse Gräß sprach, hörte man seinen Ausführungen stehend bis zum Schluß zu.

Nach der Versammlung bildeten sich allenthalben Gruppen, die lebhaft ihre gegenteiligen Meinungen zum Besten gaben.

In Guttsdorf war die Versammlung von über 300 Personen besucht, und hat in dem Orte noch keine Versammlung einen solchen Besuch aufzuweisen gehabt, wie diese unsere Versammlung.

Die Tagesordnung: Die neuen Steuern, die Teuerung, die Not der Landarbeiter und Kleinbauern! wurde von dem Genossen Gräß eingehend ausgearbeitet. — Als der Referent die Zustände in der dortigen Zuderfabrik aufrollte, wurde ihm allseitige Zustimmung zuteil. — In der Pause informierten die Arbeiter, Kleinbauern und Landarbeiter noch eingehend den Referenten über ihre Not. — Die Stimmung der Versammlung war eine sehr gute. In der Diskussion sprach dann ein SPD-Mann, Betriebsrat der Zuderfabrik Guttsdorf und noch einige Versammlungsteilnehmer, darunter der Betriebsrat der Zuderfabrik Gräben, der die Arbeiter der Zuderfabrik Guttsdorfs aufforderte, ihre Angelegenheiten im engsten Einvernehmen mit ihnen zu regeln. Im Schlußwort konnte der Referent dann zeigen, wie man als Betriebsrat das engste Band zwischen Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft herstellt, womit die Versammlung auch einverstanden war und monach gehandelt werden soll. Der Erfolg war 11 Aufnahmen und 5 Abonnements der „Schlesischen Arbeiterzeitung“.

Die Versammlung in Delsa war von etwa 80 Personen besucht, und versuchte auch hier der SPD-Mitglied Kuschke im Erlösen zu fischen. Hoffmann, Mitteldeutschland, Bauernfang usw. waren seine Argumente. „Die Kommunisten haben in der Stadt ihren Einfluß verloren und kommen jetzt auf das Land und wollen den Landarbeitern Pappe ums Maul schmieren!“ (Der deutschnationalen Parteiführer Grandel hat in den Versammlungen in der Umgegend dasselbe gesagt.) Die Kommunisten gingen mit den Deutschnationalen Hand in Hand. Die Partei der USPD wird sich jetzt mit der SPD vereinigen und dann sind die Kommunisten erledigt.

Der Genosse Gräß ging dann in längeren Ausführungen mit dem Redner ins Gericht und konnte, trotzdem fast der größte Teil der Versammlung SPD-Anhänger waren, mehrfache Zustimmung der Versammlung erhalten.

In allen Versammlungen wurde der Ueberfluß der Zellerfassung der „Noten Hilfe“ bzw. der „Russenpende“ überwiesen.

Neue Literatur.

G. Sinowjew: Die Kämpfe der kommunistischen Internationale. (Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, gegeben auf dem 3. Weltkongreß der kommunistischen Internationale.)

Dieses Buch enthält das vollständige Stenogramm der Reden Sinowjews in den Sitzungen des Exekutiv-Komitees und des Kongresses über alle wichtigen Fragen, die die kommunistische Internationale in ihrer Exekutive- und auf dem Kongreß beschäftigten. Die Fragen der Kampfakt der kommunistischen Internationale werden in den Kapiteln über die italienische, deutsche und tschecho-slowakische Partei eingehend behandelt. Außerdem schildert Sinowjew die Lage in allen übrigen Parteien der kommunistischen Internationale. Das Verhältnis der kommunistischen Internationale zur Roten Gewerkschaftsinternationale, zur Frauen- und Jugendinternationale und deren Aufgaben werden ebenfalls erörtert. Zum Schluß wird noch ein Ausblick über die künftigen Aufgaben der Exekutive gegeben. Die 144 Seiten starke Schrift ist im Verlag Carl Hohm Nachf. Louis Cahnbey, Hamburg 11, erschienen und kann dort und in allen kommunistischen Buchhandlungen zum Preise von 1.50 Mk. bezogen werden.

Versammlungskalender.

Altwasser. Sonntag, 25. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Eisernen Kreuz. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig, da jeder Genosse über alle Vorgänge in der Ortsgruppe unterrichtet sein muß. Frauen und Jugendgenossen sind besonders eingeladen.

Waldburger Stadtverordnete und Gemeindevertreter! Am Sonntag, 25. d. M., vormittags 9 Uhr, findet in Freiburg, im Restaurant Buchwald, eine Konferenz der Stadtverordneten und Gemeindevertreter unseres Bezirks statt. Die Ortsgruppenvorsände haben darauf zu achten, daß ihr Ort vertreten ist.

Die Unterbezirksleitung Waldburg.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshagen-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48.



Täglich geöffnet.

Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das glänzende
Variété-Programm

Möbel aller Art
zu streng soliden Preisen
L. Rosner, Gartenstraße 3

Ich bestelle hiermit Exemplare der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Organ der kommunistischen Partei Deutschlands.
(Stimmen der kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 RM, wöchentlich 1.50 RM.
Name: _____
Beruf: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____